

Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Vertriebsort: Meißner Str. 22.
Verlags- und Druckerei: 25 241.
Für die Nachdrucke: 20 071.

Bezugs-Gebühr vom 1. bis 31. Mai 1926 bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus 1.50 Mark.
Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet: die einpolige 30 mm breite Zeile 30 Pfg., für zweipolige 35 Pfg., Familienanzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 10 Pfg., außerhalb 20 Pfg., die 80 mm breite Rubrikzeile 100 Pfg., außerhalb 200 Pfg., Oberzeilen 10 Pfg., Raum, Wülfelge gegen Vorzusatz.

Schließung und Hauptgeschäftsstelle:
Markenstraße 38/42.
Druck u. Verlag von Ullrich & Reichardt in Dresden.
Postfach - Amt 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Hotel Bellevue

Am den **Pfingstfeiertagen** werden mittags und abends **Festmenüs** verabreicht, dabei vornehme Tafelmusik

Am 2. Feiertag **Gesellschaftsabend**
Tischbestellungen werden nur gegen vorherige Entnahme von Tischkarten angenommen

Das Scherbengericht der G. P. D. über die 23

Eine Erklärung des Parteivorstandes gegen die Abtrünnigen.

Zentrumsanbiederung an die G. P. D. — Die vaterländischen Arbeiter gegen den Volksenscheid. — Französische Obstruktion in Genf.

Die Trennung vollzogen.

Berlin, 22. Mai. Im „Vorwärts“ veröffentlicht der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands eine Erklärung, in der es u. a. heißt:

Zwei Parteitage haben sich mit dem sächsischen Konflikt befaßt. In unausgesetzter und, wie sich jetzt zeigt, vergeblicher Arbeit hat der Parteivorstand den sächsischen Konflikt einer für die Partei günstigen Lösung entgegenzuführen versucht.

Nach einer ausführlichen Darstellung der Verhandlungen auf dem Landesparteitag und mit dem Parteivorstand heißt es dann weiter:

„Im Widerstreit zu der dem Parteivorstand gemachten Erklärung stimmte der größere Teil der 23 Abgeordneten gegen die Auflösung des Landtages. Nicht von den 23 Abgeordneten nahmen an der Abstimmung teil. Darauf schlossen die Bezirksorganisationen als erste Instanz nach dem Ausschlußverfahren der Dreimundwanzig aus der Partei aus. Gegen diesen Antrag war nach dem Organisationsstatut die Berufung an den Parteivorstand und der Antrag auf Einsetzung eines Schiedsgerichts innerhalb vier Wochen gegeben. Diese Frist ist verstrichen. Nur zwei von den 23 in erster Instanz aus der Partei ausgeschlossenen Genossen haben bei dem Parteivorstand den Antrag auf Einsetzung eines Schiedsgerichts eingereicht. Die übrigen 21 Abgeordneten haben öffentlich zu erkennen gegeben, daß sie sich über die organisatorischen Bestimmungen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands hinwegsetzen, daß sie sich nicht mehr als Mitglieder unserer Partei betrachten, daß sie zur Gründung einer eigenen Parteiorganisation übergehen und mit eigenen Kandidaten den sächsischen Landtagswahlkampf gegen die Sozialdemokratische Partei Deutschlands führen wollen.“

Sie haben das getan, obwohl in der Sitzung des Parteiausschusses der Vertreter der Dreimundwanzig, Betsche, auf die direkte Frage des Parteivorstandes, ob die Dreimundwanzig sich einem einseitigen, für sie alle einzusetzenden Schiedsgericht stellen würden, mit ja antwortete. Betsche gab damals ferner die Erklärung ab, daß keiner der Dreimundwanzig daran denke, mit eigenen Kandidaten in den sächsischen Wahlkampf zu gehen und so die Partei zu spalten. In dem von den Dreimundwanzig herausgegebenen Mitteilungsblatt wird der Wahrheit zuwider behauptet, daß Betsche in jener Sitzung des Parteiausschusses erklärt habe:

„daß eine Verhinderung in Sachsen erst möglich werde, wenn die gegenseitigen Kräfte in einem Landtagswahlkampf gemessen wären.“

Alle Mitglieder des Parteiausschusses müssen bezeugen, daß diese Erklärung nicht abgegeben wurde. Mit der Nichtachtung der Bestimmungen des Organisationsstatuts ist das auf Ausschluß lautende Urteil der sächsischen Bezirksorganisationen rechtfertigt geworden. Die 23 Abgeordneten haben das Tischgespräch zwischen sich und der Partei geschnitten. Darüber hinaus

berichten sie die Gründung einer eigenen Partei vor, deren Wirkungsbereich sich nicht auf Sachsen beschränken soll. Die Dreimundwanzig erklären, daß sie dabei sind, im ganzen Reich Vertrauensmänner für ihre Gründung zu werben. Die bürgerliche Presse Sachsens ist selbstverständlich der eifrigsten Fürsprecher dieser Aktion. Der Parteivorstand ist überzeugt, daß diesen Bemühungen der Erfolg verweigert werden wird. Der sächsischen Konflikt war bisher auf Sachsen beschränkt und wird auf Sachsen beschränkt bleiben.“

Weiter warnt der Parteivorstand, der Propaganda der Dreimundwanzig Folge zu leisten und betont, daß er alles daransetzen wird, um eine Parteispaltung in Sachsen zu verhindern.

Das Parteibuch als Beamtenbefähigungsnachweis.

Ein sozialdemokratisches Geständnis.

Den 23 Reichssozialisten des sächsischen Landtages haben sich zum Scherz der Unzufriedenheit auch sozialdemokratische Beamte angeschlossen. Infolge dessen schiedert der Sozialdemokratische Landesbeamtenausschuß Sachsen in der „Dresd. Volkszeit.“ (Nr. 115) seinen Bannstrahl gegen jene Beamten, verbindet aber damit die Ablegung eines Geständnisses, das ihm von der sozialdemokratischen Gesamtpartei sehr verübelt werden dürfte. Nachdem nämlich der Landesbeamtenausschuß den 23 vorgeworfen hat, daß nur ihre Unfähigkeit, sich anders als durch fortgesetztes Nachgeben gegen die Wünsche der Reaktion an der Macht zu erhalten, sie in Wegensatz zur Partei gebracht hätte, fährt er fort:

„Ihnen (den 23) hat sich jetzt eine kleine Minderheit von Beamten, gerade die, die nichts, aber auch gar nichts anderes als ihre Parteizugehörigkeit in ihre jetzigen Ämter gebracht hat, angeschlossen. Sie haben die Fahne der Rebellion gegen die Partei erhoben und müssen sich deshalb jetzt den Vorwurf gefallen lassen, daß ihr Schritt nur bezweckt, das Wohlwollen der reaktionären Gegner zu erwerben und sich damit auch bei einer Machtveränderung ihren Gewinn, ihre jetzigen Stellungen, zu sichern und zu erhalten.“

Auf sozialdemokratischer Seite hat man bisher stets bestritten, daß das Parteibuch jemals als Befähigungsnachweis für die Erlangung eines öffentlichen Amtes gegolten habe: nur Tüchtigkeit sei es, die für die Befolgung von Ämtern mit Parteigenossen in Frage komme. Jetzt erklärt die sozialdemokratische Beamtenorganisation Sachsens öffentlich das Gegenteil! Wenn sie dies nicht aus sachlichen Gründen, sondern aus politischem Haß gegenüber den Reichssozialisten tut, so verleiht ihr Geständnis deshalb nicht das mindeste an grundsätzlicher Bedeutung. Und wenn dieselbe rote Beamtenorganisation damit ehrabschneidende Vorwürfe verbindet, so liefert sie gleichzeitig einen lehrreichen Beitrag zur Kennzeichnung sozialdemokratischer Parteimoral.

Mahnendes Pfingsten.

Pfingsten ist das Fest der Erneuerung im Geiste, das Fest begabener Glaubens, das Fest flammenden Gemeinschaftsgeistes. Und als solches ragt es heute für uns, die wir auch unsere religiösen Feste nicht loszulassen vermögen von dem Weltgeschehen um uns herum, wurzellos in eine Zeit, die den Stempel wachsender Unruhe und trostloser Zerfahrenheit trägt, und in der mit niederdrückender Schwere der Geist der Hoffnungslosigkeit über die weitesten Schichten des deutschen Volkes lagert. Zum mindesten politisch also ein unzeitgemäßes Fest, mit dem wir nichts anfangen wissen? Es wäre traurig, wenn es so wäre. Gewiß, es war keine irdische Begeisterung, die himmelstürmend die Jünger durchglühte und sie von göttlichen Offenbarungen und mutigem Glauben kündete. Das Reich Gottes ist nicht von dieser Welt. Aber so sehr man sich auch vor politischen Anwendungen und Umdeutungen des religiösen Geistesgehaltes des Pfingstfestes hüten muß, die dem Evangelium nicht gerecht werden, noch dem wirklichen Leben entsprechen, so wenig wird man verfehlen dürfen, daß auch das religiöse Leben in tiefstem Maße getroffen wird von den Strömungen, die heute dem Volksleben ein so niederdrückendes Gepräge geben. Nicht, daß wir uns nun schon seit einem halben Jahre in einer Wirtschaftskrise sichtbaren Ausmaßes befinden, so schwer sie auch auf allen Gliedern des Volkes lastet, nicht die wirtschaftliche Not ist es, die letzten Endes jene Niedergeschlagenheit verursacht hat, die heute in erster Linie das bürgerliche Deutschland lähmt. Was uns niederdrückt, ist vielmehr das erschreckende Ausmaß, in dem es heute bereits wieder den gefährlichen Kräften eines revolutionären Geistes gelingen konnte, trotz aller bitteren Erfahrungen der letzten Jahre die schwere Wirtschaftskrise gemächlich politisch auszunutzen, die dunklen Triebkräfte des Neides, des Hasses und der Selbstsucht zu apfelmayer Eumyblüte zu bringen, die Volksgemeinschaft zu vergiften und auf diesem marastischen Untergrunde den Aufmarsch kommunistisch-sozialistischer Weltanschauung zum Kampfe gegen die staatsbehaltenden Kräfte, die sittlichen Grundlagen und die Grundfesten des heutigen Gemeinheitslebens zu vollziehen. Der Sturm der Zerküpfung trifft am Kern des deutschen Volkes.

Und trotzdem Pfingsten? Als Fest der Erfüllung, als Fest errungenen Sieges wäre es sehr am Ort. Aber der Pfingstgeist ist ein flammender Geist mutigen Kampfes um den Sieg der Idee, und unser deutsches Pfingstfest muß und eine ernste bittere Mahnung sein zur Zusammenfassung der starken geistigen Kräfte des Volkes gegen den zeretzenden Materialismus, der heute denn je Volkserführern als Sprungbrett dient. Erste Voraussetzung für ein mahnendes Pfingsten, aus dem die Flamme der Empörung und Abwehr erlöschen muß, aber ist die klare Erkenntnis der Lage, in der wir uns befinden und die kläglich beleuchtet wird, wenn wir sie mit der vor einem Jahre verglichen. Pfingsten 1925 fand politisch im Zeichen des eben erst erloschenen Sieges Hindenburgs, der nicht so sehr ein Sieg des Feldmarschalls als vielmehr ein Sieg des nach nationaler Erfüllung ringenden staatsbehaltenden Bürgertums war. Mit Hindenburg entschied sich das deutsche Volk für eine autoritative, geschichtliche Persönlichkeit, die ein leuchtendes Vorbild rein menschlicher und staatsbürgerlicher Tugenden ist und die geradezu das gute Gewissen der Nation darstellt. Was sich in dieser Wahl ausdrückte, war ein Bekenntnis zur Autorität, war zugleich der erste Schritt auf dem verheißungsvollen Wege einer Vereinigung des Guten und Großen der Vergangenheit mit dem Glauben an eine hoffnungsvolle Zukunft. Und die Gestalt Hindenburgs war ungebunden von einer Regierung, die in ihrer Zusammenfassung aller großen bürgerlichen Kräfte des Volkes eine feste Wehr hinter sich hatte, die wertvolle positive Arbeit leistete und an der die Wogen kleinlicher parteipolitischer Krisenmache, wie sie heute blüht, zerschellen.

Ein Jahr hat genügt, nicht nur alle diese hoffnungsvollen Anfänge zu zerbrechen, sondern unsere innere Zerrissenheit so weit zu steigern, daß beinahe auf jedem Gebiete unserer inneren Politik ein offensichtlicher Verfall zutage tritt. Was man noch nie gewagt, heute marschiert in Berlin in aller Öffentlichkeit die Sturmtruppe der blutigen Revolution auf, gekleidet und gebildet von Severing, umjort von dem bereits 50prozentigen kommunistischen „Vorwärts“, der auch in dieser kommunistischen Deerschau letzten Endes eine „Demonstration für die demokratische Republik“ erblickt. Heute sind die hoffnungsreichen Reime einer beginnenden nationalen Einigung des deutschen Volkes zertrümmert und zerstampft. Wo nur eine politische Frage in der letzten Zeit auftauchte, stieß wurde sie durch gewissenlose Verdrehung, Aufschaukelung und hemmungstose

Berschleppungskünste in Genf.

Die Erörterung der allgemeinen Wehrpflicht verhindert.

Genf, 22. Mai. Das Redaktionskomitee der Abrüstungskommission hat am Freitag nachmittag eine geheime Sitzung abgehalten, die drei Stunden dauerte. Es wurde über einen von Lord Robert Cecil vorgelegten Entwurf beraten, der den technischen Unterausschüssen Richtlinien für die Beantwortung der ihnen zugewiesenen Abschnitte des Fragebogens geben soll. Der Fragebogen selbst bleibt unverändert. Die Richtlinien sollen dem Vollausschuß bis Montag vorgelegt werden. De Brocquero (Belgien) bis Montag vorgelegt werden. Die Richtlinien Lord Ceills allehden den Fragebogen in rein militärische, rein wirtschaftliche und in politische Fragen. Sie bezwecken, die Aufgaben des militärischen und wirtschaftlichen Unterausschusses so zu formulieren, daß die technischen Sachverständigen bei ihren Antworten durch politische Nebenmotive nicht behindert werden. Die politischen Fragen bleiben ausschließlich dem Vollausschuß vorbehalten.

Im Redaktionskomitee wurde vereinbart, daß die Abklärung die Kräfte und Faktoren einschränken soll, die sofort mobilisiert werden können und daß also auch die Friedenskräfte der einzelnen Länder betroffen werden kann. Dabei kam die Rede auch auf

keit dieser Frage, so daß sie vorläufig zurückgestellt wurde. Lord Cecil bezieht sich vor, die Frage später in der Vollkommission wieder vorzulegen. Am Sonnabend wird das Ratiskomitee aus sämtlichen Vertretern der dem Rat angehörenden Staaten zusammentreten, um von dem Entwurf Kenntnis zu nehmen, den eine dreigliedrige Kommission über die Frage der privaten Rüstungsindustrie ausgearbeitet hat.

Bei einem Presse-Empfang erklärte am Freitagabend Lord Cecil, daß die Abrüstungskommission bereits gewisse Fortschritte erzielt habe. Er wies weiter darauf hin, daß das Redaktionskomitee die den militärischen Sachverständigen vorzulegenden Fragen genauer präzisieren müsse. Besonders wichtig sei die Frage, ob die endgültige Kriegsstärke eines Landes reduziert werden könne oder ob man nur die Friedensstärke herabsetzen solle. Besonders über den Begriff Friedensstärke müßten sich die militärischen Sachverständigen noch anhören. Mit besonderem Nachdruck wies Lord Cecil darauf hin, daß die Luftwaffe als besondere Waffengattung für sich betrachtet werden müssen, weil sie zum Angriff verwendet werden können. Weiter vertrat er den Standpunkt, daß die Plenarkommission schon am Montag ihre Arbeiten abschließen könne.

Englische Zweifel am guten Willen in Genf.

(Durch Buntjournal.)
London, 22. Mai. Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ schreibt: Gewisse britische Kreise verhehlen nicht länger die Auffassung, daß mindestens für dieses Jahr nicht die leiseste Aussicht auf die Abhaltung einer Abrüstungspollkonferenz besteht.